

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

22.3.1870 (No. 68)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 68.

ersch. täglich (Montag ausg.)
Preis 1 R. 18 kr. durch die Post be-
tragen 1 R. 28 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 22. März

Insertionsgebühr:
die gebaltene Zeile oder deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Graf Karl von Montalembert,

einer der berühmtesten Männer unserer Zeit, ein christlicher Charakter, ein berühmter Staatsmann, ein gelehrter Schriftsteller, ein gewaltiger Redner, ein Mann, der sein Leben ganz der Verteidigung der höchsten Güter — der Religion und der Freiheit — gewidmet hat, ist seinen langen und schweren Leiden am 13. d. erlegen. Geboren 1810 zu Paris, trat er schon mit 25 Jahren in die Pairskammer ein und redete und wirkte von da an mit seltenem Talente und Erfolge für die religiösen Rechte der Kirche, der Familie und des Individuums. Was er im Bunde mit gleichgesinnten Freunden geleistet, hat die katholische Welt dankbar anerkannt, und sein Name wird auch den folgenden Geschlechtern unvergänglich bleiben. Die heftigen Kämpfe seines politischen parlamentarischen Lebens störten nicht die Innigkeit seines frommen Gemüthes und seine Liebe zu ernsteren Studien, wie seine unübertroffene „Geschichte der heil. Elisabeth“ und seine leider unvollendete „Geschichte der Mönche des Abendlandes“ beweisen. Stets voll Begeisterung für das, was er als der Kirche nützlich und ihren heilbringenden Einfluß auf die Menschheit mehrend erkannte, hat er als treuer Sohn der Kirche bei verschiedenen Veranlassungen sich sowohl für die souveräne Unabhängigkeit des Papstes, als auch für dessen höchste und entscheidende Lehrautorität ausgesprochen, wie dies unzweifelhaft die Worte beweisen, welche wir seiner im Jahre 1852 erschienenen begeisterungsvollen Schrift: „Die katholischen Interessen im 19ten Jahrhundert“ entnehmen: „Vorab ist es bei allen aufrichtigen Gläubigen aus mit dem Geiste der Empörung und Unabhängigkeit gegenüber dem Mittelpunkte der Einheit und der Haupt- und Mutterkirche, welcher seit dem 14. Jahrhundert mehr oder minder alle katholischen Reiche angestekt und vor 1789 den Gipfel der Kühnheit und der Absurdität erreicht hatte. Gott sei Dank, es ist nicht mehr die Rede von gallicanischen, deutschen, spanischen und portugiesischen Kirchen, welche in dem Stolge einiger Bischöfe und der falschen Wissenschaft einiger Gelehrten wurzelten, den traurigen Mitschuldigen der Verfolgungen der weltlichen Macht und der janenistischen Häresie. Der Sturmwind der Revolutionen ist über diese künstlichen Schöpfungen hergefahren und hat sie zu Staub gemacht. Nur eine einzige, die katholische Kirche bleibt aufrechtstehen, mehr geeinigt und ihrem Haupte untergeordnet, als in jeder anderen Epoche ihrer Geschichte. Der Gallicanismus vor allen, welcher vielleicht der furchtbarste und am festesten eingewurzelte unserer Irrthümer war, liegt in den letzten Zügen. . . . Kein einziger Bischof, kein einziger Priester von einiger Bedeutung, kein mit dem Vertrauen und der Achtung seiner Brüder beehrter Katholik, kein Organ der religiösen Presse würde heute das vorgeschobene Symbol auf die Fahne schreiben, dessen Vortrag noch vor 4 Jahren durch eine blinde Regierung unseren Seminarien aufgedrungen

gen werden sollte. Man vergegenwärtige sich den Zustand der Geister bei den frommsten Personen zur Zeit, als vor 30 Jahren das Buch des großen Grafen de Maistre „Vom Papste“ erschien, und beurtheile dann die Entfernung, die wir von da an bis zum gegenwärtigen Augenblick durchlaufen haben, wo die Ideen dieses unsterblichen Schriftstellers Gemeinplätze für die ganze katholische Jugend geworden sind. Noch einmal, niemals ist in Frankreich und in der ganzen katholischen Welt die Autorität des hl. Stuhles unbestrittener gewesen und mit größerer Liebe gefeiert worden. Sie werden nicht mehr wiederkommen jene Tage, wo das Mißtrauen gegen Rom und das Bestreben, seine Prerogative zu bestreiten, selbst die reinsten und größten Seelen eingenommen hatten. . . .“

Wenn nun auch in den letzten Tagen seines Lebens Montalembert sich zu einer Rundgebung hinreißen ließ, die sich mit seinen seitherigen Grundsätzen nicht vereinbaren läßt, so ist dies freilich höchst bedauerlich; aber es darf diese Verirrung weder den Ruhm des edlen Grafen als eines ritterlichen und siegreichen Verteidigers der Kirche vernichten, noch viel weniger die Katholiken aller Länder von der Pflicht des Dankes entbinden, welche sie ihm für seine Hingebung und seine Leistungen schuldig sind. Möge er nach so vielen schweren Kämpfen in ewigem Frieden ruhen. (Mzr. L.)

— **Karlsruhe, 21. März.** Die Verwerfung des von der 2. Kammer angenommenen Gesetzes für Abschaffung der Todesstrafe beschloß die erste Kammer ohne auf die Sache selbst einzugehen aus Opportunitätsgründen. Von der zweiten Kammer wurde einstimmig das Militärstrafgesetzbuch, sowie das Einführungs-gesetz zu demselben und die Militärstrafgerichtsordnung angenommen ohne Opposition, da man diese Gesetze als die vergleichsweise besten auf diesem Gebiete erkannte. Der Herr Kriegsminister erklärte sich mit den von der Kommission vorgeschlagenen Strafmilderungen einverstanden und wurde in dieser Hinsicht nur vorbehalten und zugestanden, daß im Kriege statt lebenslänglichem Zuchthaus auch die Todesstrafe angewendet werden dürfe.

— **Karlsruhe, 20. März.** (Vom Concil.) Mit Nächstem soll also die Entscheidung in Rom fallen über die Frage, welche längere Zeit die Geister in großer Erregtheit hielt. Ist der Spruch erst geschieden, so werden die kirchensindlichen Blätter und Parteien die Erfahrung machen, daß sie, wie schon oft, ihr Pulver unnütz verschossen haben. Uns beschäftigt nur der Gedanke, auf welches neue Agitationsobjekt sie alsdann sich werfen werden. Im Grunde war der ganze Lärm, den die Presse der Ungläubigen und Kirchenfeinde in der Unfehlbarkeitsfrage unterhalten hat, nur

*) Dieses Werk, auch in vortrefflicher deutscher Uebersetzung in Frankfurt erschienen, vertheidigt in der geistvollsten Weise die Unfehlbarkeit des Papstes.

eine veränderte Auflage der Uryl-Agitation, des Ronge-Spektakels, der Klosterstürmerei u. dergl., was Alles keine andere Spur hinterlassen, als immer größere Ausbreitung des kathol. Bewußtseins, und stets siegreicherer Ausbreitung des Katholizismus. Man geht in jenen Kreisen einer großen Enttäuschung entgegen bezüglich der Folgen, wenn die Dogmatisierung der Infallibilität vom Concil ausgesprochen werden wird, ebenso wie man sich getäuscht fand über das Nichtzustandekommen, die Sprengung, die Vertagung des Concils, des Eingreifens der weltlichen Gewalt. Der ganze Erfolg aller Nichtwürdigkeiten, Lügen, Spötereien zc. dieser Presse besteht nur darin, die Gemüther zu ängstigen, zu verwirren, die Stimmung zu verwässern, eine gewisse Kühle des öffentl. Geistes einer so großen und wichtigen Sache gegenüber zu erregen, und zwar einzig deshalb, weil diese Presse zur Zeit noch das weitaus größere Terrain der öffentlichen Meinung beherrscht, und man in Bezug auf katholisch-kirchliche Dinge neben dem bösen Willen kein richtiges Verständniß hat. Diese Presse, wir erinnern hier daran, hat es vermocht, die große nationale begeisterte Erregtheit im Jahre 1859, als die Franzosen auszogen, um den deutschen Kaiserstaat in den lombardischen Ebenen zu bekriegen, im Interesse der nordischen Politik des deutschen Berufes erst abzukühlen, zu dämpfen, und in weiterer Folge solche ganz zu ersticken; bis zu einem gewissen Grade ist es derselben auch gelungen, dem weltgeschichtlichen Ereignisse eines ökumenischen Concils im 19. Jahrhundert gegenüber in einem großen Theile Deutschlands Laueheit, Vorurtheil, Haß und Begriffsverwirrung in die Gemüther zu werfen. Das kann aber nur von ephemerer Wirkung sein, wo es sich um die höchsten Güter der Menschheit handelt, und die Kirche mit ihrer moralischen Macht und dem Schatze der ewigen Wahrheit gegenübersteht.

Es sind auch innerhalb der Kirche, unter den gläubigen Katholiken Reibungen hervorgetreten; aber der Niedergang der Bewegung, die einer sogenannten liberalen Richtung gilt, oder gelten sollte, erscheint offenbar entschieden. Auch zwischen den Bischöfen traten Meinungsverschiedenheiten hervor, und nichts stand im Wege, sie geltend zu machen; diese Meinungsverschiedenheiten bezogen sich aber nicht auf das Prinzip, auf den Glauben der Kirche, sondern lediglich auf die Frage von der Zweckmäßigkeit, von der Zeitgemäßheit; ob nämlich die Definition der Unfehlbarkeit gerade jetzt, bei dem vorhandenen Zustande der Gesellschaft, im gegenwärtigen Zeitpunkte auszusprechen sei. Letztere Ansicht vertritt besonders nachdrücklich der große Bischof von Orleans, Msgr. Dupanloup; seine Gründe sind hergenommen aus der glänzendsten Liebe für den heiligen Stuhl und die Wohlfahrt der Kirche; der hocherleuchtete feurige Kirchenfürst folgt dabei einer Anschauung der heutigen Welt, welche ihm nicht zuläßt, sich frei von Besorgnissen zu fühlen. Er er-

Verchiedenes.

Paris. Hr. Thomas de Colmar ist mit Hinterlassung eines Vermögens von 25 Millionen gestorben. Er hinterläßt einen Erben auch das Chateau Laffitte, in Deutschland fast noch mehr als in Frankreich berühmt, welches er 1848 für den Preis von nur 150,000 Frs. von Laffitte's Tochter, der jetzigen Prinzessin v. d. Moskwa, zu erlösen wußte. Bekannt ist, daß ihm von der Prinzessin Mathilde 1856 zwei Millionen für eben diese Besingung offerirt wurden, die er ausschlug. Er hinterläßt drei verheiratete Töchter.

— Die französische Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften hatte vor mehreren Jahren eine Konkurrenz für die beste Denkschrift über die Kant'sche Philosophie eröffnet. Da keine der eingesandten Arbeiten den Wünschen der Akademie entsprach, so wiederholt sie jetzt die Preisausschreibung. Die Arbeiten müssen bis zum 1. Januar 1872 eingereicht werden.

— Der Londoner Schachklub hat sich nach 63jährigem Bestehen aufgelöst.

— Ein amerikanischer Schauspieler zu Philadelphia hatte in einem Stück die Rolle eines Schurken zu spielen; dieser wird entlarvt und hat sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen. Vor einigen Wochen trat der Künstler wieder einmal in dieser seiner Glanzrolle auf und spielte mit gewohntem Talent; an der genannten Stelle zieht er ein Pistol, schießt sich vor den Kopf und stürzt blutend zu Boden. Wie immer folgte dieser Scene rauschender Beifall. Als aber der Vorhang fiel, waren die übrigen Darsteller nicht wenig verwundet, ihren

Kameraden ruhig an derselben Stelle liegen bleiben zu sehen. Sie eilten hinzu und wollten ihn aufheben: Er war todt. Man fand bei ihm einen Brief, in welchem er seinen Kollegen ein herzlich-lebendiges sagte und erklärte, unglückliche Liebe sei das Motiv zu seinem Selbstmorde.

— Die Anglo-Brazilian „Times“ berichtet von einer furchtlichen Pulver-Explosion an Bord des brasilianischen Schooners „Pluto“ in Cerrito. Fast zu gleicher Zeit erlönten drei Detonationen, welche durch die Explosion an Bord des Schiffes, des Pontons, von welchem Pulver abgeladen wurde, und des Küstenmagazins entstanden. Im ganzen explodirten etwa 300 Tonnen Schießpulver. Von den 19 Personen an Bord des „Pluto“, darunter des Kapitäns Gattin nebst Tochter, ist nicht ein Fragment übrig geblieben.

— Bei Trapani (Sicilien) wurde der berühmte Bandit P. Torreggiani getödtet, welcher 7 Jahre der Schrecken der Provinz gewesen war.

(Louise Mühlbach), die bekannte Romanschriftstellerin, ist einer Einladung des Rheidee folgend, mit ihrer jüngsten Tochter auf einige Monate nach Egypten gereist.

— In Folge der strengen Kälte hatten sich vom Argonnerwalde her von Neuem Wölfe in den Saar- und Moselgebirgen eingestellt. Bei Götternach wurden fünf dieser Raubthiere eingekreist und Jagd darauf gemacht. Zwei derselben wurden erlegt. Die übrigen entkamen, doch wurde einer von ihnen so angeschossen, daß er stark schwächte.

Aus der bayer. Pfalz wird der „Warte“ geschrieben: Der unheimliche Gast, von dessen Besuchen aus vielen Gegenden,

u. A. aus Paris und besonders stark aus Württemberg berichtet wird, die Blatternkrankheit, greift auch in mehreren Theilen der Pfalz in einer auffallenden Weise um sich. Besonders stark soll sie brieflichen Nachrichten zufolge in den Kantonen Ob- und Grünstadt, im Eisthal und Leiningenthal auftreten. Auch in anderen Gegenden und Gemeinden kommt sie, wenn auch nicht immer in gleich bössartiger Weise, vor.

— Der Freiburger Privatdozent v. Schäßler (ein geborener Augsburgener), durch seine Polemik gegen den Tübinger Dogmatiker Kuhn bekannt, ist als Theologe eines deutschen Bischofs nach Rom berufen worden. (D. Volksbl.)

(Gemüthliche Aeußerungen.) „Wir sind Alle gute Katholiken“, sagte Fürst Hohenlohe, und nahm sich ein Stück Lendenbraten heraus.

„Wir sind lauter gute Türken“, sagte Fazyll Pascha in Wiesbaden, und bestellte sich eine Flasche Johannisberger. (Punsch.)

— Die Berliner „Post“ meldet, daß die Entlassung des preussischen Kultusministers v. Mühlher ein fait accompli sei. Die bayerischen Preußen sind entzückt und sagen: das letzte Hinderniß, welches einen anständigen und vernünftigen Mann allenthalb noch zurückhalten konnte, sich Preußen hinzugeben, nämlich die reaktionäre Wirthschaft im Innern, ist nun beseitigt! Nachschrift. Die Stellung des Herrn v. Mühlher ist heute befestigter als je!

Zweite Nachschrift. Die bayerischen Preußen sind doch entzückt. (Punsch.)

wiedert u. A. seinen Gegnern: „Viele setzen meinen Befürchtungen eine unbegrenzte Zuversicht entgegen. Das große Uebel unserer Tage,“ sagen Sie, „ist das Darniederliegen des Prinzips der Autorität. Nichts wird es in der Kirche wieder auf, und wir werden die Gesellschaft retten.“ Darauf antwortete ich: „Was die Kirche anlangt, so ist vielleicht zu keiner Zeit dem heiligen Vater so viel Ehrfurcht und so viel Gehorsam entgegengetragen worden; in ihr ist das Prinzip der Autorität nicht in Frage gestellt. Wir brauchen daher nicht aufzurichten, was in der Kirche niemals daniabergelegen hat. . . . Laßt uns ein großes Concil halten, laßt uns die lebenskräftigen und fruchtbaren Hilfsmittel der Kirche erschließen, die Wissenschaft, die Schätze an Liebe und Hingebung, welche sie in ihrem Herzen birgt. Laßt uns den Kindern dieses Jahrhunderts zeigen, daß unsere Lehre mit dem, was sie zu lieben berechtigt sind, nicht im Widerspruch und nicht unvereinbar ist; laßt uns durch unzweideutige Erklärungen alle Mißverständnisse beseitigen, welche uns aufreizen: so werden wir unser Jahrhundert, das uns flieht, zu uns zurückführen und die Gesellschaft retten, die aus der Tiefe ihrer Leiden um Hilfe ruft.“ Dieses sagt der hochw. Bischof von Orleans in einem Erwidierungsschreiben an den Erzbischof von Mecheln, Msgr. Dechamps, welcher der Ansicht huldigt, daß die Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit eine Nothwendigkeit sei. —

(Schluß folgt.)

× **Berlin**, 18. März. Die Nachricht von einer beabsichtigten Reise des Königs von Preußen nach St. Petersburg wurde auffallend spät bementirt. Man könnte hieraus Berechtigung nehmen für die Unterstellung, daß diese, nach dem Freundschaftsaustausche vom St. Georgi-Ritterfeste sehr für sich sprechende Besuchsreise allerdings im Plane des preuß. Monarchen gelegen haben mochte. Berliner Korrespondenten sprechen von Gewahrung eines seit einigen Wochen zwischen St. Petersburg und Berlin wehenden kühleren Windes: auch hat die russische offiziöse Presse neuerdings gegen Preußen wieder einen unfreundlichen Ton angenommen. Es soll, wie man sagt, der russ. Regierung das deutsche Programm der Bismarckschen Politik, welches der Bundeskanzler in der Reichstagsitzung vom 24. v. M. so offenhartig darlegte, nicht behagen wollen; die russische Diplomatie mache aus ihrer beifälligen Verstimmung kein Hehl; sie hege Beforgnisse, daß die gedachten Reden des Grafen Bismarck von schlimmen Rückwirkungen auf Frankreich sein könnten. Einer dieser Berliner Korrespondenten schreibt der „A. A. Z.“:

„Ganz ohne Grund sind diese Beforgnisse auch gewiß nicht. Wenigstens wäre es sonst durchaus unverständlich, wie die „A. A. Z.“ bei den freundlichen Beziehungen, die bis vor Kurzem noch zwischen Preußen und Frankreich bestanden, und die man hier auf jede erdenkliche Weise zur Schau zu stellen gesucht hat, neulich einen so derben Fühler nach der Seine hin ausstrecken, und wie sie erst gestern wieder an hervorragender Stelle eine die friedlichen Absichten Frankreichs verächtlich machende Lärmnachricht der „D. A. Z.“ wiedergeben konnte, laut welcher man in London bereits an den langen Pariser Aufenthalt des Erzherzogs Albrecht Gerüchte wegen eines Abkommens zwischen Oesterreich und Frankreich geknüpft hätte. Vergewagt man sich außerdem die höchst beunruhigende Sprache, welche der Abg. v. Karborff, einer der Wortführer der ministeriellen Partei par force, am Sonnabend im Reichstag über die gegenwärtige politische Lage führte, so kann es wohl kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß gewisse Wendungen in der vielbesprochenen Rede des Bundeskanzlers in der That auf die Stimmungen der fremden Höfe einen sehr ungünstigen Einfluß geübt haben, und daß man diesen Einfluß hier bereits ganz deutlich empfindet.“

§ **Berlin**, 19. März. Der Reichstag hat das Banknotengesetz nach kurzer Debatte in erster Lesung erledigt. Außerdem wurde die Beratung des Strafgesetzentwurfes (§ 108) fortgesetzt. Die Morgennummer des „Berliner Börsen-Couriers“ vom 17. d. ist ohne Angabe der Gründe polizeilich mit Beschlag belegt worden.

† **Mainz**, 20. März. Sonntag, den 28. d. wird das Komitee der kathol. geselligen Vereine der Diözese Mainz in Seligenstadt seine Mitglieder zu einer Konferenz vereinigen.

Soeben erschien im Verlage von Franz Kirchheim eine von Prof. Dr. Brück verfaßte, 20 Bogen starke Biographie des verstorbenen Domdekan und Generalvikars Adam Franz Vennig, welche in den nächsten Tagen ausgegeben werden wird.

— **Stuttgart**. Weiteres über die Sitzung der Abgeordnetenversammlung vom 17. d., betr. den Antrag gegen das Kriegsdienstgesetz. Es hatte sich eine große Menge Zuhörer eingefunden. Auch die Diplomatenloge war dicht besetzt. In derselben befanden sich die Gesandten von Oesterreich, Preußen, Frankreich, Bayern und sonstige Personen aus den höchsten Kreisen. Nachdem der Abg. Probst die vereinbarte Begründung des Antrages bezüglich des Kriegsdienstgesetzes vorgetragen

hatte, beantragte er, den Antrag nicht erst an eine Kommission zu verweisen, sondern ihn für eine der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu setzen. Sie spricht für Ueberweisung an die Finanzkommission.

Probst will eine Berichterstattung durch diesen Ausschuß nicht ablehnen, doch müsse Beschleunigung stattfinden.

Hölder war auch für Beschleunigung, damit man bald über die Stellung der Regierung zu dem Antrage in das Klare komme. Derselbe klagt darüber, daß die Regierung der Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz ruhig zusehe.

Minister Mittnacht als Abgeordneter: Die Regierung habe in Aussicht auf den nahen Zusammentritt der Stände es für angemessen gehalten, diese sich über den Gegenstand aussprechen zu lassen.

v. Wiest: Der Antrag lasse sich auch ohne Vorprüfung durch eine Kommission im Hause beraten.

Römer behauptet, daß das Schweigen der Regierung sicherlich der Agitation gegen das Wehrgesetz Vorschub geleistet habe. Die Schultheißen hätten sich nicht betheiligert, wenn sie nicht durch das Schweigen der Regierung zu der Meinung veranlaßt worden wären, daß die Regierung die Agitation nicht ungern sehe.

Oesterlen hält die Annahme des Vorredners für unbegründet. Die Agitation habe das Gesetz nicht verletzt, sei also formell im Rechte gewesen, und was die Sache selbst betrifft, so habe die Volkspartei nicht den Volkswillen in dieser Beziehung gemacht, sondern ihm nur zum Ausdruck gebracht.

v. Mittnacht: Wie denn Römer ein Vorgehen der Regierung sich gedacht hätte? Ob die Minister in die Volksversammlungen hätten gehen sollen, auf denen der Abg. von Besigheim (E. Mayer) erschien, aber der Hr. Römer sich nicht gezeigt hat, oder ob die Regierung mit einem Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht hätte vorgehen sollen? Und ob Zeitungsbeilagen etwas genützt hätten?

Römer: Ein Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht habe er nicht erwartet. Aber die Regierung hätte in einer Proklamation an das württemb. Volk ihre Meinung sagen können und sollen. Diese Agitation sei geeignet, Württemberg in seinem Grunde zu erschüttern (oh!), sie würde, wenn sie gelänge, den Allianzvertrag verletzen (Widerspruch, oh! oh!). Eine Herabsetzung der Präsenz könne es unmöglich machen, den Allianzvertrag auszuführen. Redner meint schließlich, diese Agitation könne sogar zum Einheitsstaate führen. (Lachen.)

Schott: Die Finanzkommission enthalte auch keine Militärtechniker, sie werde einen Bericht liefern, der nicht gebaut und nicht gestochen ist. Im Uebrigen habe die Regierung nicht nur konstitutionell, sondern auch weise gehandelt, daß sie nicht in die Agitation eingriff. Die kleindeutsche Partei hätte ja eine Gegenagitation machen können; aber weil sie es nicht vermochte, will sie jetzt die Regierung dafür verantwortlich machen. Warum hat diese Partei nicht damals, wo die Agitation für den Zollverein stattfand, nicht ebenfalls die Regierung verantwortlich gemacht?

Hölder: Die Regierung habe doch ihre Blätter und benütze sie doch sonst, wo sie es in ihrem Interesse finde. Warum schweig sie diesmal?

Probst. Wenn Römer sage, mit der Agitation und dem Antrage werde der Allianzvertrag verletzt; dann ist dieser Allianzvertrag nichtig, denn dann hätte er eine Bedeutung, daß er nicht mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen werden konnte.

Becher. Die Agitation habe sich ganz auf legalem Boden bewegt. Deshalb hatte die Regierung auch keinen Grund, auf die Straße herabzusteigen und sich einzumischen. Sie hätte damit vielleicht nur Delins Feuer gegossen. Anderswo freilich würde man anders gehandelt haben, aber das beweise nur, daß in Württemberg die Regierung das Vereins- u. Versammlungsrecht aufs loyalste achte.

v. Varnbüler (als Abg.) erklärt sich gegen die Unterstellung, als habe die Regierung mit der Agitation einverstanden sein können. Die konservative Partei solle sich selber mehr regen.

Mayer (Besigheim) beantragt, den Antrag an eine eigene Militärkommission zu verweisen.

Bei der Abstimmung wird E. Mayers Antrag abgelehnt mit 48 gegen 38 Stimmen. Der Antrag der großdeutschen und der Volkspartei wird also an die Finanzkommission verwiesen.

In die Finanzkommission aus 15 Mitgliedern wurden gewählt: Frhr. v. Hoyer mit 77, Cavallo 76, Mohl 64, Egelhaaf 64, v. Wiest 54, Schneider 48, v. Schwandner 47, Reibel 46, Daffner 45, Ammermüller 45, Prälat v. Dettinger 44, Hörner 44, Lanzberg 44, Walthar 43, Niehammer (durchs Voos mit Fricker) 41. (Weitere Stimmen erhielten, sind aber nicht gewählt: Fricker 41, Wolbach 40, Schwarz 39, Lempenau 38, Mayer v. Besigheim 38, Bürl 37, Frhr. W. v. König 37, v. Sic 36, Rehm 35, Pfeiffer 29.) Es sind also gewählt 7 Großdeutsche, 3 Demokraten, 5 Ministerielle und Konservative. Von der deutschen Partei wurde keiner gewählt. Lempenau

und Pfeiffer erhielten nur 37 und 29 Stimmen, aber von der äußersten Linken drangen Mayer, Wolbach, Bürl nicht durch.

Sonntag, den 20., kommen die Deputationen aus dem ganzen Lande hier zusammen, um die Adresse gegen das Kriegsdienstgesetz je dem betreffenden Abgeordneten zu überreichen, und dann in einer Landtagsversammlung zusammenzutreten.

† **München**, 19. März. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung war der neue Minister d. A. Graf Bray erstmals am Ministertische erschienen. Eine seither viel ventilirte Frage, nämlich ob die Kammern während des Zollparlamentes vertagt werden, soll jetzt dahin entschieden sein, daß eine Vertagung nicht erfolgen werde, sondern nur Einstellung der Sitzungen, soweit nöthig, damit die Mitglieder, welche zugleich Zollparlamentsabgeordnete sind, den Verhandlungen in Berlin anwohnen können. Das Referat des Abg. Kolb über die Beschränkung der Militärausgaben wurde von der gesammten patriotischen Fraktion mit einem wahren Sturm des Beifalls begrüßt, und im Ganzen, in den leitenden Grundsätzen, wie im Einzelnen acceptirt. Es ist beantragt, vom Militärpostulat zu 376,112 fl. für den höheren Offiziersstand nur 176,112 fl. zu gewähren, alle übrigen Postulate des Kriegsministers zu verweigern, und nur 22,400 fl. für Feldkochgeschirre, 14,000 fl. für das Nürnberger Fouragemagazin, 8000 fl. für Schießplätze zu bewilligen; die Festung Landau soll aufgehoben, und die bad. Regierung um den Bau einer Eisenbahn von Bruchsal nach Germersheim ersucht werden. Der zweite Ausschuß hatte in seiner Sitzung vom 12. d. M. lediglich einen Kredit auf Anschaffung von 75,000 Hinterladern und 52,000 fl. für Abänderung des Armaturleberzeugs bewilligt, alle übrigen Positionen des Kolb'schen Referates dagegen mit 5 gegen 4 Stimmen bis zur Budgetberatung vertagt, in seiner Sitzung vom 16. d. reformirte derselbe aber den Beschluß vom 12. d. dahin, daß das Kolb'sche Referat in allen seinen Theilen nahezu einstimmig (auch Frhr. von Stauffenberg und Graf Jagger stimmten diesmal dafür) angenommen wurde, mit Ausnahme von ein paar unwesentlichen Aenderungen. (Es wurden für die Errichtung einer Landwehrschießschule 8000 fl. und für den Aufbau eines abgebrannten Heumagazins in Nürnberg 15,000 fl. bewilligt.) Der Kriegsminister wohnte dieser von 5-9 Uhr Abends währenden Ausschußsitzung nur ein paar Stunden an, da derselbe zu Sr. Majestät berufen wurde. Dieses Votum des Ausschusses, welches nach Schluß der Sitzung noch im patriotischen Klub bekannt wurde, erregte daselbst die freudigste Begeisterung. Man spricht von der Demission des Kriegsministers.

Das Abgeordnetenhaus beschloß gestern in Betreff der Anträge wegen eines neueren Wahlgesetzes Tagesordnung, nachdem der Minister des Innern die demnächstige Vorlage eines Wahlgesetzes mit direkter Wahl verheißten hatte.

Der neue Bürgerwehrgesetzentwurf stößt in Bayern bei allen Parteien auf Widerspruch. In mehreren Städten, wie Nürnberg und Lindau, machte sich die Abneigung gegen das Projekt in Bürgerversammlungen, Resolutionen u. Protesten Luft, um das „neue Uebel“, wie es in einem Münchener Aufruf heißt, abzuwehren.

Die Fortschrittspartei wollte sich schon der Hoffnung auf Zwietracht und Zerfall in der patriotischen Partei hingeben, als der Beschluß des Ausschusses vom 12. d. M. über das Kolb'sche Referat bekannt wurde; die Abstimmung vom 16. hat gezeigt, daß die Patrioten in allen Hauptfragen einig sind und bleiben. Auch Bucher's Austritt aus dem Klub der patriotischen Partei wollte als ein Symptom der Zerfetzung ausgeschrien werden. Die „Donauzeitung“ zerstört aber auch diese Illusion. Das Motiv für den Abg. Bucher lag in seiner Stellung zu der Presse, in welcher Beziehung er sich dem Klub gegenüber freie Hand schaffen wollte. Die politische Stellung Bucher's erfährt durch diesen Schritt nicht die geringste Aenderung. Das Gerücht von einer bevorstehenden Interpellation wegen des Concils soll unbegründet sein.

Aus Schwabach kommt die wunderbare Nachricht, daß dort, also mitten in der Domäne des Fortschritts, ein „ultramontaner“ Landrath, Hr. Apotheker Heim, gewählt worden sei. So meldet zu seinem und seiner Geser Entsetzen der „Fränk. Kur.“ Zur Bekräftigung des Gerüchtes fügt der „Kur.“ hinzu, daß Hr. Heim eine Adresse für Erhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes unterzeichnet habe.

Der „Pf. Ztg.“ wird von hier berichtet, daß der Inspektor des Speyerer Schullehrer-Seminars, geistl. Rath Reicher zum Bischof von Speyer ernannt werde, oder ernannt worden sei. Bezüglich der Nachricht, daß der Bischof in Regensburg jüngsthin für die Theologie-Studirenden seiner Diözese das Verbot der Vorlesungen der theologischen Fakultät und zugleich des Eintrittes in das Münchener Klerikalseminar erlassen habe, wird in der „A. P. Ztg.“ von hier aus berichtet, es sei das nur insofern richtig, als den Regensburger Diözesanen nur der Besuch der Vorlesungen Döllinger's untersagt ist, und zwar im Hinblick auf die Grund-

fäße und Lehren, welche derselbe in seinen jüngsten Veröffentlichungen kundgegeben hat. Da nun aber die Kirchengeschichte zu den wichtigsten theologischen Fächern gehört, und vom Besuche der Vorlesungen über sie wohl nicht dispensirt werden kann, so ist an die Regensburger Diözesanen zugleich die Weisung erlassen, mit dem Schluß des I. Semesters die Universität München zu verlassen, falls sie nicht unangenehme Folgen sich aussetzen wollen.

Der großpreussische Abg. Advokat Dr. Schauf hat den preussischen Rothen Adler-Orden 4. Klasse erhalten, welchen zu tragen er die landesherrliche Erlaubniß erhielt. Um nun die Ehre, ein preussischer Ordensritter zu sein, so billig wie möglich zu haben, hatte Hr. v. Schauf um Nachlaß der übrigen Taxen nachgesucht. Das Gesuch ist indeß abschlägig beschieden worden, und der dekorirte bayerische Volksvertreter muß die Taxen entrichten. — Unser jugendlicher König befaßt sich in neuerer Zeit lebhaft mit den Staatsgeschäften. Vorgeftern, unmittelbar nach der oben berichteten Sitzung des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer arbeitete Sr. Maj. mit den Staatsministern Graf Bray und v. Luß. Die „A. A. Z.“ veröffentlicht das kgl. Handschreiben bei Gelegenheit des Rücktrittes des Fürsten v. Hohenlohe an letzteren. Dasselbe lautet: „Mein lieber Fürst! Sie haben wiederholt an mich die Bitte, um Enthebung als Staatsminister des kgl. Hauses und des Außern gebracht. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse habe ich in Würdigung der von ihnen vorgebrachten persönlichen Motive diese Ihrem Gesuche heute Folge gegeben. Indem ich Ihnen dies eröffne, fühle ich mich gedrungen, Ihnen für die opferwillige Hingebung und bewährte Treue, wodurch Ihre Amtsführung ausgezeichnet war, aus vollstem Herzen meine Anerkennung auszusprechen. Dieser Anerkennung tatsächlichen Ausdruck zu verleihen, habe ich Sie, mein lieber Fürst, in die Zahl der Kapitulare meines Ritterordens vom heil. Hubertus aufgenommen. Indem ich Ihnen die erneuerte Versicherung meines freundlichen Wohlwollens ertheile, verbleibe ich fortan Ihr sehr gewogener König Ludwig.“ München, 7. März 1870.

Prinz Otto ist in Rekonescenz, die Bulletin hören auf. — Der zum Gesandten Bayerns in Dresden ernannte bisherige Gesandte in Florenz, Graf von Baumgarten, ist hier eingetroffen, und wird sich demnächst nach Dresden begeben.

Wien, 18. März. Der Kaiser beabsichtigt in nächster Woche eine Reise über Ofen und Fiume nach Dalmatien anzutreten. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes hat den durchberathenen Etat nun vorgelegt. Die Einnahmen sind auf 317 Mill., die Ausgaben auf 320 Mill. veranschlagt. Die fehlenden 3 Millionen sollen im Wege einer schwebenden Schuld aufgebracht werden. — Man spricht von einer (bestellten) Interpellation im Abgeordnetenhaus „sowohl über den Stand der Beziehungen zu Rom im Allgemeinen als speziell über die Stellung der Regierung zu den in Aussicht genommenen Concils-Beschlüssen und über die Haltung des Episcopats.“ Die Melbung ist ausgespickt mit Illusionen bezüglich der Haltung des öster.-ungarischen Episcopates. Das Bürgerministerium existirt noch; dasselbe soll aber in den letzten Tagen bedeutend gewankt haben. Die Polen berathen ihren Austritt aus dem Reichsrath; die Abgeordneten aus Wälschtyrol haben theils bereits ihren Austritt angedroht, theils sind sie den Deutschtyrolern bereits nachgefolgt. In Tyrol setzt man sich mächtig zur Wehre gegen die Uebergriffe des herrschenden Neoliberalismus. Die kathol. Vereine mehren sich fortwährend. Die Bewegung ist im Wachsen. Wir wüßten keinen Punkt zu nennen, wohin der Liberalismus der neuen Aera seine zersetzende Wirkung noch nicht getragen hätte. Die Krisis geht in Eilmärschen vorwärts.

Prag, 16. März. Die Bürgermeisterfrage ist nun im Sinne der Dezemberverfassung erledigt. Der neugewählte Bürgermeister Dittrich hat am 14. d. den Eid auf die Verfassung und die Staatsgrundgesetze abgelegt. Der Statthalter-Deiter Koller hielt hierbei eine czechische und deutsche Ansprache, die von Bravo- und Slavarufen begleitet war. — Gestern fand im Carolinum eine Versammlung mährischer und schlesischer Studenten statt. Dieselben beschloßen eine Resolution gegen die Wiederherstellung der Universität in Olmütz, dagegen wollen sie in Prag die Errichtung einer zweisprachigen Universität.

Ausland.

Rom, 18. März. Heute hat die 30. Generalcongregation stattgefunden, in welcher das von der Kommission umgeformte Schema: „De fide“ zur Diskussion und Abstimmung gebracht wurde.

Am Montag, den 21. wird ein Konsistorium abgehalten werden, indem jedoch keine Kardinalskreirungen stattfinden; einige französische Bischöfe, darunter der neue Erzbischof von Lyon, erhalten die Präkonisation.

Der hochw. Herr Bischof von Mainz hält in der St. Antoniskirche einen Predigtzyklus für die päpstlichen Soldaten deutscher Nation.

Paris. Man schreibt uns vom 17. d. aus Paris: Nach genau eingegangenen Erkundigungen können wir versichern, daß die von dem Korrespondenten der „Kölnener Zeitung“, Herr Leoyon, dem Minister Ollivier in den Mund gelegten Worte größtentheils erfindungsreicher Phantasie des Herrn Leoyon zuzuschreiben sind. Offizielle Blätter bestätigen, daß der Botschafter bei dem heiligen Stuhle, Herr v. Banneville, am 17. d. von Rom nach Paris abgereist ist. Man erwartet in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom nächsten Montag durch Stellung einer Interpellation Aufschluß über den Stand der Beziehungen zu Rom und dem Concil. Spannung und Unruhe beifalls sind groß; unzählbar zugleich die Gerüchte und Versionen. Das Eine steht übrigens fest, daß die französischen Truppen das Gebiet des Kirchenstaates unter keinen Umständen verlassen werden.

Die „Frfr. Ztg.“ bringt eine Privatdepesche aus Paris vom 19. d. M. lautend: Aus bester Quelle kann ich mittheilen, daß sich Graf Daru im Laufe nächster Woche durch eine Interpellation Gelegenheit bieten lassen wird, seine Stellung zu der deutschen Frage zu präzisiren. Er wird die Erklärung abgeben, daß die Situation befriedigend ist, da aus Bismarcks Andeutungen hervorgehe, Preußen werde nichts gegen die Stipulationen des Prager Friedens unternehmen. Die Freunde Daru's weisen bereits triumphirend auf die versöhnliche und zugleich feste Haltung hin, welche der französische Minister des Außern dem Grafen Bismarck gegenüber einnehme.

Brüssel, 18. März. Der Senat nahm den Gesetzesentwurf, betreffend die Wahlreform, mit 28 gegen 23 Stimmen übereinstimmend mit den Beschlüssen der Repräsentantenkammer an. Die Repräsentantenkammer hat am 15. d. das Militärstrafgesetz mit 65 gegen 4 und 5 neutrale Stimmen angenommen.

Bei der Berathung dieses Gesetzes stellte Rogier u. A. folgendes Amendement dahin, daß, da der gemeine Soldat für Ungehorsam und Widerspenstigkeit eine die Bestimmungen des bürgerlichen Strafgesetzes so sehr übersteigende und harte Strafe erhalte, die Billigkeit und der Gesichtspunkt der Reciprocität auch ein erhöhtes Strafmaß für die Offiziere und Vorgesetzten verlangen, welche sich Mißhandlungen gegen ihre Untergebenen zu Schulden kommen lassen, diese reizen und somit zum Ungehorsam factisch herausfordern. Dieses Amendement fand sehr eifrige Unterstützung bei Guillery und de Brouckere, die wiederholt darauf hinwiesen, daß der Entwurf des Strafgesetzes nur von den Pflichten der Soldaten gegen die Offiziere und den auf die Verletzung derselben gesetzten Strafen, und fast gar nichts über die von Offizieren gegen Soldaten begangenen Mißhandlungen, die erfahrungsgemäß doch auch nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegen, spreche, wurde aber vom Kriegs- und Justizminister sehr heftig bestritten.

London, 17. März. In der Bill zum Zwecke der Herstellung der Geseßlichkeit in Irland schlägt die Regierung weiter vor: Pistolen zu besitzen werde ganz verboten, der Besitz von Waffen überhaupt, sowie der Verkauf von Pulver nur beschränkt gestattet. Verdächtige Fremde können verhaftet werden. Die Wirthshäuser können bei Sonnenuntergang geschlossen werden. Für gewisse Vergehen wird eine summarische Aburtheilung eingeführt. Die Behörden werden ermächtigt, die Journale zu suspendiren, diesen jedoch ist die Appellation gestattet.

Das Unterhaus nahm in seiner gestrigen Nachtsitzung das Unterrichtsgesetz in zweiter Lesung an. Der Antrag Dixon, alle vom Staate unterhaltenen Volksschulen für konfessionslos zu erklären, wurde verworfen. Gladstone verhielt sich für die Bestimmungen über den Religions-Unterricht ein Zusatz-Amendement.

Im Unterhause erklärte Gladstone gestern, die Regierung könne nicht versprechen, die fenischen Gefangenen in Freiheit zu setzen, bevor nicht die Ruhe in Irland wieder hergestellt sei. Hr. Fortescue legte die irische Sicherheits-Bill vor, deren erste Lesung genehmigt wurde.

In den letzten Tagen (schreibt die Times) fand zwischen der hiesigen und belgischen Regierung eine Correspondenz statt über einen an Hrn. Gladstone gerichteten, aus Gent datirten Drohbrieff. Derselbe besagte, daß, wenn Hr. Gladstone auf seinen Maßregeln in Betreff der Ruffisch-Barna-Eisenbahngesellschaft beharre, er sich auf einen Dolchstoß oder eine Kugel gefaßt machen möge. Die Untersuchung hat bis jetzt nichts ergeben.

Madrid, 17. März. Es verlautet, daß der Herzog von Montpensier vor Gericht gestellt werden wird. In Oporto hat man eine Gesellschaft spanischer Carlisten entdeckt, welche sich mit einem bewaffneten Einfall in ihr Heimathland beschäftigten. — Waffen und Munition anschafften, die man bei ihnen fand, so wie auch Korrespondenzen aus Madrid, und über Verzweigungen in anderen Städten. Man hat die Komplottisten festgenommen. Die Cortes sind um die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten Jacinto Anglada ersucht worden,

welcher dem Zweikampfe, in dem der jüngere Oljaga fiel, als Zeuge beizwohnte. Es scheint diese späte Maßregel nur eine Vorbedeutung von Schritten gegen Montpensier zu sein.

Aus Southampton vom 17. wird gemeldet: In verfloßener Nacht stießen in dem Kanal die englischen Schiffe „Normandy“ und „Mazy“ zusammen; 32 Menschen verloren das Leben. Freudige Sensation hatte die leider falsche Nachricht erregt, daß der vermiste Passagierdampfer „City of Boston“ in Queens-town angekommen sei. Man hat nach wie vor keine Spur von dem Schiffe.

Die Voruntersuchung gelegentlich des unnatürlichen Todes des „fastenden Mädchens von Wales“ hat damit geendigt, daß gegen die Eltern die Anklage auf Tödtung erkannt und dieselben vor die Assisen verwiesen wurden. Der Richter willigte indessen ein, sie gegen Bürgschaft auf freiem Fuße zu belassen.

Konstantinopel, 8. März. Die Pforte hat den Repräsentanten der fremden Mächte erklärt, daß sie das Auslaufen der Schiffe aus dem Bosporus und den Dardanellen während der Nacht gestatte, das Einlaufen derselben aber während dieser Zeit wie bisher verboten sei. In Tunis hatte ein Türke in einem Anfall von religiösem Fanatismus mehrere Europäer und Juden getödtet oder verwundet. In Folge dessen wurden die Konsulate von Eingeborenen und Fremden, die Gerechtigkeit forderten, überlaufen, und es herrschte eine so große Aufregung, daß sich die Regierung endlich bewogen fand, den Türken Köpfen zu lassen.

Karlsruhe, 20. März. Die Berathung über das Militärstrafgesetz wurde am 14. d. M. noch bis Nachmittags 3 1/2 Uhr fortgesetzt. Das Gesetz wurde bei namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Wir werden in Kürze den Verlauf der Verhandlung nachtragen.

Die erste Kammer wird sich morgen mit der Gemeindeordnung beschäftigen.

Zu Rheinsheim (bei Philippsburg) hat sich ein „Veteranenverein“ konstituiert mit einer Anzahl von 107 Mitgliedern.

Heidelberg, 19. März. Gestern Abend starb hier im Alter von 78 Jahren der Geheimrath Dr. Karl Heinrich Rau, seit 48 Jahren Professor der Kameralwissenschaft an hiesiger Hochschule. Der Verstorbene war in sehr vielseitiger Richtung und in jeder in hervorragender Weise thätig. Er war lange Jahre Mitglied unserer ersten Kammer, mehrmals Abgeordneter zu protestantischen Generalsynoden und in engerem Kreise evangelischer Kirchen-Gemeinderath in hiesiger Stadtgemeinde u. c. (Frfr. Z.)

Heidelberg, 16. März. Ein Rechnungsgehilfe bei einer hiesigen Verwaltungsstelle, N. Sch., dem die Verrechnung des Aiothhauses in Waldorf anvertraut war, ist der Unterschlagung und Fälschung im Belaufe von 8000—10,000 fl. zum Nachtheile der Stiftung beschuldigt. Derselbe besitzt Vermögensgegenstände, und wird man im Wege der Vergantung einen Theil des der Anstalt Entwendeten zu retten suchen. — Der hiesige Gemeinderath hat das Projekt des Ankaufes der Mannheimer Schiffsbrücke wegen der großen Kosten und Schwierigkeiten ihrer Aufstellung wieder fallen lassen.

Der „Vad. Chr.“ wird von hier geschrieben: Vor gestern machte eine junge Dame von hier — aus bis jetzt nicht bekannt gewordenen Beweggründen — einen Selbstmordversuch, indem sie sich in der Nähe der Bergheimer Mühle in den jetzt hoch fluthenden Neckar stürzte. Einige am Ufer beschäftigte Gärtnerbursche sahen jedoch die verzweifelte Handlung, eilten hinzu und zogen, nicht ohne große Anstrengungen und Gefahr für sich selbst, die Unglückliche aus dem Wasser und brachten sie zu ihrem in einer nahen Straße wohnenden Angehörigen, wo ihnen nur ein sehr kübler Dank für diese edle Handlung zu Theil geworden sein soll.

Pforzheim, 15. März. In jüngster Zeit sind hier wieder verschiedene Fälle von Blatternkrankungen vorgekommen. Wahrscheinlich hat eine Verschleppung von unserem Nachbarlande her, wo ihre Krankheit grassirt, stattgefunden. — Unsere neue Fabrikordnung hätte also, wie bereits kurz mitgeteilt wurde, die endgiltige Annahme gefunden, d. h. die jüngste Arbeiterversammlung hat sich fast einstimmig für diese Annahme ausgesprochen, während eine vorausgegangene Versammlung von Fabrikanten sich mit Mehrheit hierfür entschieden hatte. Darnach ist die zehnstündige Arbeit, statt der früheren elfstündigen, angenommen, wogegen aber am Samstag Abend fünfzig die Arbeitszeit nur 1/2 Stunde früher als an den anderen Tagen schließt, während bisher an dem genannten Tage zur Winterzeit eine Arbeitsabkürzung von 2—2 1/2 Stunden stattfand. — Wie der hiesige „Genossenschaftler“ mittheilt, ist die neue Ordnung in den meisten Fabriken eingeführt worden. Neben der kürzern Arbeitszeit ist die Errichtung von Schiedsgerichten eine der wichtigsten Neuerungen.

Schopfheim, 16. März. Das Hüttenwert Albrud ist laut Bericht des „Ab-Vote“ an Schweizer-Fabrikanten um 75,000 fl. verkauft.

Stühlingen, 15. März. Soeben verkünden eine Reihe Böllerschüsse und Revolversalven den Bewohnern unseres Städtchens, daß es in der 2. Kammer beschlossen wurde, uns in den Bereich des bad. Eisenbahneetzes zu ziehen, nachdem die Regierung hat einsehen lernen müssen, daß es immer besser im eigenen Haus zu wohnen und regieren ist, als bei fremden Leuten. Daß diese Bahn ihre unbefruchtete Wichtigkeit hat, muß Jedermann einsehen, der die Karte Badens in die Hand nimmt. Möge die Zeit nicht mehr ferne sein, wo wir unsere eigene Bahn haben!

Gestorben in Karlsruhe.

- 19. März, Juliane Sophie, v. Hofslai Weder, 19 J.
- 20. „ Jakob Hartmann, Oberchirurg, 61 J.
- 20. „ Therese, Wittme des Werkmeisters Weber, 59 J.
- 21. „ Friedrich Gallus, v. Schmied Weibele, 3 M. 20 J.

